

Kritische Momente für Kosovo

Die kommenden Parlamentswahlen sind wegweisend für das krisengebeutelte Kosovo. Trotz der Annäherung an Serbien wurde nach wie vor kein innerstaatlicher Modus Vivendi mit der serbischen Minderheit im Land gefunden. Von Matthias Bieri

Am 8. Juni wählt Kosovo sein Parlament. Auch die zweiten Wahlen seit der Unabhängigkeitserklärung vor sechs Jahren finden in einer wenig enthusiastischen Atmosphäre statt. Die wirtschaftlichen Perspektiven sind nach wie vor schlecht. Korruption, ungenügend funktionierende Institutionen und Arbeitslosigkeit prägen den Alltag. Trotz grosser Unzufriedenheit werden die Wahlen aber kaum zu einem politischen Erdbeben führen. Die klientelistisch geprägte Politik garantiert den Parteien treue Wählerschaften.

Die Serben und der Einfluss Belgrads

Mit Spannung wird das Votum der serbischen Minderheit erwartet. Diese wird ihre Stimme überwiegend von Belgrad unterstützten Kräften geben. Dies ist ein Novum. Bei der letzten Parlamentswahl 2010 rief Belgrad zum Boykott auf; die Wahlen auf kosovo-serbischer Seite gewannen unabhängige Kräfte, welche sich gar an der Koalitionsregierung Thaci beteiligten. Nun wird Belgrad in Pristina Politiker seines Vertrauens wissen.

Von Interesse ist auch die Wahlbeteiligung des serbisch geprägten Nordkosovo. Dieser verblieb nach dem Ende des Kosovokriegs 1999 faktisch unter der Kontrolle Belgrads. Im Gegensatz zu den serbischen Enklaven im Süden und Osten des Landes blieben die serbischen Strukturen erhalten. Das Brüsseler Abkommen vom April 2013 zwischen Kosovo und Serbien verhiess eine Änderung dieses Zustands. Serbien stimmte dem Plan zu, die vier nördlichen Gemeinden unter die rechtliche Hoheit Kosovos zu bringen und die eigenen Parallelstrukturen aufzulösen. Zur Normalisierung zwischen Pristina und der serbischen Minderheit im Norden kam es aber nicht. Einerseits zeigte sich Pristina wenig konziliant. Weite Teile der kosovarischen Bevölkerung haben wenig Verständnis dafür, dass man ausgerechnet dem widerspenstigen Norden Entgegenkommen zeigt. Andererseits wird der kosovarische Staat in Nordkosovo weiterhin nicht akzeptiert. Die erstmals auch im Norden

stattfindenden Lokalwahlen wurden boykottiert und gewaltsam gestört. Die Sicherheitslage bleibt instabil. Sollte die Bevölkerung dieses Mal dem Aufruf Belgrads folgen, wäre dies ein Schritt Richtung institutioneller Integration. Zugleich würde sich Belgrads Einfluss in Pristina erhöhen.

Gemäss Brüsseler Abkommen wird bald eine Gemeinschaft serbischer Gemeinden in Kosovo geschaffen. Belgrad wird diese zur Einflussnahme nutzen und wird damit zum wichtigen Faktor in der kosovarischen Politik. Wie ist diese Entwicklung zu beurteilen? Einerseits könnte Kosovos Staatlichkeit durch eine fortschreitende Spaltung weiter relativiert werden. Andererseits könnte Serbiens Engagement zur Normalisierung der Lage beitragen und Ängste der Kosovo-Serben abbauen.

Das wirkt sich auf die internationalen Akteure aus. Kosovo bleibt für sie schwierig. Die EU-Rechtsstaatsmission Eulex verfolgte zwar in den letzten Monaten ihr Exekutivmandat intensiv wie nie zuvor. Es kam zu mehreren Verhaftungen wegen Kriegsverbrechen während des Kosovokriegs. Dies löste jedoch Widerstände aus; sowohl Kosovo-Serben als auch Kosovo-Albaner sehen sich ungerecht behandelt und Verbrechen der Gegenseite verharmlost. Im April brachen die Behörden Nordkosovos die Zusammenarbeit mit der Eulex-Polizei ab. Harsche Reaktionen müssen auch für das Tribunal zur Verhandlung von Kriegsverbrechen der Kosovarischen Befreiungsarmee (UCK) erwartet werden. Je nach Ausgang wird eine Bevölkerungsgruppe eine ungerechte Rechtsprechung anprangern. Längerfristig kann das Tribunal aber zur Aufarbeitung der Geschichte und Versöhnung der Gruppen beitragen.

Die Rolle der Europäischen Union

Der EU kommt weiterhin die Schlüsselrolle zu. Die Aussicht auf Schritte Richtung EU ermöglichen die Annäherung zwischen Serbien und Kosovo. Für Kosovo bleibt ein EU-Beitritt das Ziel. Fortschritte in diese Richtung sind jedoch

schwierig. Trotz dem für nächstes Jahr erwarteten Abschluss eines Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens zeigen die Verhandlungen über die Visafreiheit, dass Kosovo Mühe hat mit den EU-Standards. Dies führt zu Frustration über den Annäherungsprozess. Internationale Akteure haben in der kosovarischen Bevölkerung an Glaubwürdigkeit verloren. Trotz ihrer Präsenz haben sich die Lebensbedingungen nicht verbessert. Die Politik droht deshalb künftig weniger Rücksicht auf EU-Vorgaben zu nehmen. Dies ist auch für den Umgang mit der serbischen Minderheit bedeutsam. Zusätzlich für Unmut sorgt in Kosovo, dass Serbien momentan als EU-Musterschüler gilt. Manche Kosovaren sehen darin eine Ungerechtigkeit. In der Tat scheint die EU, auch mit Blick auf die Ukraine-Krise, ein grösseres Interesse an einer Anbindung Serbiens, dem Land mit einer besonderen Beziehung zu Russland, zu haben.

Kosovos Perspektiven betreffen auch die Schweiz. Aufgrund der Instabilität bildet der Nordkosovo nach wie vor das Haupteinsatzgebiet der Internationalen Kosovo-Schutztruppe (Kfor), an der die Schweiz beteiligt ist. Die Präsenz der Kfor bleibt bis auf weiteres unabdingbar. Für nächstes Jahr visiert sie zwar eine Verkleinerung auf 2500 Soldaten an; der Schweizer Beitrag bleibt jedoch etwa gleich gross und gewinnt damit relativ an Bedeutung. Auch für das EDA wird Kosovo in nächster Zeit im Fokus stehen. Der Westbalkan ist eine Priorität des Schweizer OSZE-Vorsitzes. Nächstes Jahr, wenn Serbien das Präsidium übernimmt, wird die Schweiz im Rahmen des konsekutiven Vorsitzes weiterhin Mitverantwortung für das OSZE-Engagement in der Region tragen. Bundespräsident Burkhalter betonte während eines Kosovo-Besuchs, dass die Schweiz die Versöhnung in Kosovo unterstützen will. Zugleich sagte er der kosovarischen Präsidentin finanzielle Unterstützung zu. Diese könnte noch längerfristig benötigt werden.

.....
Matthias Bieri ist Researcher am Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Ist Syrien noch zu helfen?

Friedensbemühungen scheinen aussichtslos. Trotzdem tut Hilfe not. Von Jürg Bischoff

Das Wahlspektakel, mit dem das Regime in Damaskus die Legitimierung der Herrschaft Bashar al-Asads zu erneuern trachtete, hat gezeigt, dass ein Ende des Bürgerkriegs in Syrien nicht absehbar ist. Weder die Kriegsparteien selber noch deren Unterstützer im Ausland sind imstande, einen Weg zur friedlichen Lösung zu ebnen, die alle im Brustton der Überzeugung fordern. Die «internationale Gemeinschaft» hat die Suche nach einem Frieden in Syrien nicht nur resigniert aufgegeben, einige ihrer mächtigsten Mitglieder in Ost und West halten das Schlachten mit milliarden-schweren Waffenlieferungen und Geldüberweisungen an die Parteien unvermindert im Gang.

Das Geld für die humanitäre Hilfe an die Opfer des Krieges fehlt jedoch je länger, je mehr. Der diesjährige Spendenappell zur Syrien-Hilfe aller internationalen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen von über fünf Milliarden Dollar ist zur Jahresmitte erst zu einem Viertel gedeckt. In Syrien und in seinen Nachbarländern, die fast drei Millionen Flüchtlinge aufgenommen haben, kürzen die Hilfswerke ihre Leistungen. In Libanon wurde im letzten Jahr einem Fünftel der Flüchtlinge die Lebensmittelhilfe gestrichen. Die Hälfte der Krebspatienten in Syrien und Jordanien erhielt keine Behandlung, weil die Mittel fehlten.

In Libanon, wo die Syrer heute über ein Viertel der Bevölkerung ausmachen, sind die Infrastruktur, das Gesundheitswesen und die Schulen von den Bedürfnissen der Flüchtlinge völlig überfordert. Das erzeugt soziale Spannungen, die das labile Gleichgewicht des Landes belasten. Und obwohl alle Lippenbekenntnisse zur Stabilität Libanons abgeben, greifen die wenigsten Libanon finanziell unter die Arme. Kein Wunder, dass die Nachbarstaaten Syriens heute nach Mitteln suchen, ihre Grenzen für Flüchtlinge dichtzumachen.

Man ist zu Recht empört über die Hindernisse, welche die Kriegsparteien der humanitären Hilfe in Syrien selber in den Weg legen. In den Nachbarländern wären jedoch drei Millionen Opfer des syrischen Kriegs zu erreichen, ohne dass ein Schlachtfeld durchquert werden muss. Solange auch von diesen Flüchtlingen viele vergeblich auf Hilfe warten, tönt die Empörung etwas hohl.

Chancengleichheit als urliberales Anliegen

Mit der angestrebten Bündelung der liberalen Kräfte erhoffen sich die FDP-Frauen einen zusätzlichen Schub für die Durchsetzung der Chancengleichheit der Geschlechter in der Arbeitswelt. Von Béatrice Acklin Zimmermann

Die FDP-Frauen Schweiz haben bekanntgegeben, dass sie künftig die Türen auch für Männer öffnen und alle fortschrittlich denkenden Mitglieder der Partei abholen wollen. Gemeinsam mit diesen gelte es, gesellschaftspolitische Themen voranzutreiben und auf die berufliche Chancengleichheit von Frauen und Männern hinzuwirken. Gemischte Teams in der Arbeitswelt und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf seien, so wird argumentiert, schliesslich auch Anliegen vieler liberal denkender Männer. Im Unterschied zur bisherigen Strategie der FDP-Frauen, vorrangig Frauenanliegen ins Zentrum ihrer Politik zu rücken und «eine liberale Politik von Frauen für Frauen» zu machen, wollen sich die FDP-Frauen künftig als eine starke liberale, jenseits der Geschlechtergrenze politisierende Kraft positionieren.

«Benachteiligungsfeminismus»

Mit ihrem Vorhaben, das Postulat der Chancengleichheit der Geschlechter aus der Nische eines «Benachteiligungsfeminismus» herauszuholen und zum Kerngeschäft liberaler Politik zu machen, handeln die FDP-Frauen ganz im Sinne der (liberalen) Erfinder: Blickt man nämlich zurück auf die Gründungsgeschichte des Liberalismus, so war es dessen Vordenker John Stuart Mill (1806 bis 1873), der es als eine gesamtgesellschaftliche Notwendigkeit ansah, die Frauen den Männern gleichzustellen. Entsprechend setzte er sich für das Frauenwahlrecht ein und kämpfte für ein modernes Scheidungsrecht. In seinen Schriften forderte Mill, der sich als Politiker, Philosoph und Ökonom auf verschiedenen Terrains bewegte, nicht nur die gleichen gesetzlichen Rechte für die Frauen, sondern auch ein Ehemodell, das von Partnerschaft anstatt von hier-

archischer Unterordnung bestimmt ist. Sein Weitblick liess Mill erkennen, dass die Basis für die Gleichstellung der Geschlechter in der Bildung und Erziehung liegt, die gleichermaßen Mädchen wie Knaben Selbstachtung und eigenständiges Denken vermitteln soll. Gemeinsam mit seiner Frau, der Frauenrechtlerin Harriet Taylor (1807 bis 1858), schrieb Mill nicht nur seinen berühmten Traktat «Über die Freiheit», sondern auch die «Grundsätze der politischen Ökonomie»: ein nationalökonomisches Standardwerk, in dem Mill die Frauenarbeit und Ursachen des niedrigeren Lohns für Frauen analysierte. Mill, der nicht nur ein Visionär und Wegbereiter des politischen Liberalismus des 19. Jahrhunderts war, sondern auch ein Feminist der ersten Stunde, hält heute der FDP gewissermassen den Spiegel vor: Für Mill ist die Einforderung der Chancengleichheit der Geschlechter keineswegs nur ein Nebenschauplatz, sondern gleichsam der Gradmesser liberaler Politik.

Ob die FDP in der Vergangenheit genug getan hat, um das urliberale Anliegen der Chancengleichheit von Frauen und Männern voranzutreiben, steht auf einem anderen Blatt. Innerparteilich dürfte heute aber kaum mehr bestritten werden, dass die FDP gegen die liberalen Grundideen verstossen würde, sollte bei ihr die Gleichstellung der Geschlechter nicht weit oben auf der politischen Agenda stehen. Weit strittiger dürfte hingegen sein, was die von den FDP-Frauen anvisierte «fortschrittliche Politik für fortschrittliche Menschen» genau meint. Was heisst «fortschrittliche Politik» im Zusammenhang mit den von den FDP-Frauen neu gekürten Kernthemen Vereinbarkeit von Familie und Beruf, lebenslange Bildung und Sicherheit als Grundbedürfnis? Ist es aus liberaler Sicht fortschrittlich, wenn sich der Staat künftig vermehrt darum kümmern sollte, wie seine Bürge-

rinnen und Bürger ihr Familienleben organisieren? Ist derjenige fortschrittlich, der die staatliche Schule in die Pflicht nehmen will in Bezug auf das Konsumverhalten der Schülerinnen und Schüler? Ist diejenige rückwärtsgewandt, die sich gegen eine Geschlechterquote in Aufsichtsgremien und im Verwaltungskader ausspricht? Ist fortschrittlich oder verknöchert, wer verneint, dass der Staat sich aus Gleichstellungsgründen in religiöse Kleidervorschriften einmischen darf?

Wenig hilfreiche Geschlechtermetaphysik

Die diffuse Kategorie «fortschrittlich» dürfte für die neue Strategie der FDP-Frauen kaum hilfreich sein; ebenso wenig der Rückgriff auf eine Geschlechtermetaphysik, nach der Frauen partout eine andere Perspektive auf politische Themen haben sollen als Männer. Vielversprechend ist indes die angestrebte Bündelung der liberalen Kräfte, mit der sich die FDP-Frauen einen zusätzlichen Schub für die Durchsetzung der Chancengleichheit der Geschlechter in der Arbeitswelt erhoffen. Ebenso vielversprechend ist, dass die FDP-Frauen ein starkes Gewicht auf die Bildungspolitik legen wollen, weil eine frühe Förderung aller Begabungen unabhängig von Geschlecht und sozialer Herkunft die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben bildet. Gegen die «kollektive Mittelmässigkeit», wie John Stuart Mill es – inspiriert von Harriet Taylor – ausdrückte, kommt man nur an, wenn man entschieden auf die Förderung der Individualität und der eigenwilligen Persönlichkeit setzt.

.....
Béatrice Acklin Zimmermann ist FDP-Politikerin und Leiterin des Studienbereiches Religion, Theologie und Philosophie an der Paulus-Akademie Zürich.

Aktien- contra Anleihemarkt

Unsichere Konjunktur setzt «ehernes Gesetz» ausser Kraft. Von Michael Rasch

Aktien und Anleihen sind die Anlageklassen, zwischen denen das meiste Geld hin und her fliesst. Boomt die Wirtschaft, drängen die Investoren tendenziell in den Aktienmarkt, und die Kurse steigen. Harzt die Konjunktur dagegen, bewegen sich die Anleger zum Anleihemarkt, was dann dort ebenfalls zu steigenden Kursen und zugleich sinkenden Renditen führt. Daher gehen in der Regel steigende Kurse am Aktienmarkt mit steigenden Renditen am Anleihemarkt einher. Derzeit ist dieses «Gesetz» jedoch ausser Kraft.

Seit Anfang des Jahres ist der amerikanische Aktienmarkt gemessen am breiten S&P-500-Index um gut 4 Prozent geklettert. In Europa haben viele Indizes noch stärker zugelegt. Zugleich ist in den USA die Rendite 10-jähriger Staatsanleihen von 3,0 Prozent auf gut 2,6 Prozent gesunken (–13 Prozent). Ein ähnliches Bild bietet Europa. Somit profitierte nicht nur der Aktienmarkt vom Zufluss neuer Gelder, sondern auch der Markt für Obligationen. Wer liegt also mit den Erwartungen richtig, Aktionäre oder Obligationäre?

Die gleiche divergierende Situation gab es schon im ersten Halbjahr 2012. Damals setzte sich der Aktienmarkt im weiteren Verlauf durch, obwohl es gemeinhin heisst, der Anleihemarkt sei «schlauer». Das Problem ist, dass die Konjunkturdaten seit Monaten durchwachsen sind, so dass niemand weiss, ob es zum erhofften selbsttragenden Aufschwung oder zu einem Rückfall der Konjunktur kommt. Zudem ist der Aktienmarkt durch die ultraexpansive Geldpolitik der Notenbanken stark verzerrt. Die Augen richten sich nun auf die nächsten Konjunkturdaten. Am Freitag stehen die US-Arbeitsmarktzahlen auf der Agenda. Erwartet wird eine leichte Verschlechterung, worauf bereits die am Mittwoch veröffentlichten ADP-Arbeitsmarktdaten deuteten. Dies wäre ein Pluspunkt für den Anleihemarkt. Doch das Ringen dürfte auch danach noch einige Zeit dauern.